



ISO Oberhausen

Rote Karte für BR-Mobber!



Grafik: Avanti O.

Rote Karte für WISAG – Herzlichen Glückwunsch, Karl!

Die Kündigung des engagierten Gewerkschafters ist unwirksam.

C.P.

Offenbar ist der Kollege dem Wach- und Sicherheitsunternehmen ein Dorn im Auge.

Karl S. war Vorsitzender der Vertrauensleute bei der WISAG Sicherheit & Service Nord-West GmbH, ist Mitglied der verdi-Tarifkommission des Wach- und Sicherheitsgewerbes in NRW und stellvertretendes Betriebsratsmitglied.

In dieser Funktion hat er sich aktiv dafür eingesetzt, dass seine KollegInnen die ihnen zustehenden Rechte auch durchsetzen können.

Gut anderthalb Jahre lang hat die Geschäftsleitung versucht, Karl S. loszuwerden. Was für üble Bossing-Methoden sie dabei anwandte, ist gut dokumentiert auf den Webseiten des Netzwerks für Sicherheitsbeschäftigte www.wasi-nrw.de bzw. auf

www.work-watch.de.

Bei der Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht (LAG) Düsseldorf am 17. März ging es um den Vorwurf des Konzerns, er habe in betrügerischer Absicht eine falsche Fahrtkostenabrechnung vorgelegt. Aus diesem Grund hatte die WISAG eine Verdachtskündigung gegen ihn ausgesprochen.

Als ein von beiden Parteien benannter Zeuge eindeutig zu Gunsten von Karl S. aussagte, versuchte die Arbeitgeberseite, ihren eigenen Zeugen mit abstrusen Argumenten zu demontieren. Dies machte die zuständige 10. Kammer des LAG jedoch nicht mit. Sie gab der Kündigungsschutzklage des Kollegen statt – ohne die Revision zuzulassen.

Der Kampf von Karl S. und seinen zahlreichen UnterstützerInnen hat sich gelohnt! ■

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser April-Ausgabe der *Avanti O.* findet Ihr auf der Titelseite einen Kurzbericht über den erfolgreichen Kampf von Karl S. gegen Bossing und Mobbing bei WISAG.

Dazu passt der Hinweis auf die Veranstaltung, die der Rosa-Luxemburg Club Oberhausen mit mehreren Kooperationspartnern durchführt: „Mobbing von Betriebsräten und engagierten Beschäftigten – Wie können wir uns dagegen wehren?“. Ihr findet ihn auf Seite 2.

Mit einem Beitrag von Manuel Kellner zur Oktoberrevolution auf der dritten Seite setzen wir uns weiter mit den bedeutsamen Ereignissen im Jahr 1917 auseinander.

Zum guten Schluss möchten wir gerne Euer Interesse für das Netzwerk Care Revolution und sein im Mai anstehendes Treffen wecken.

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL	GESCHICHTE
01 WISAG Rote Karte für BR-Mobber BETRIEB UND GEWERKSCHAFT	03 Oktober 1917 Putsch oder Revolution? SORGE-ARBEIT / TERMINE
02 Veranstaltung XXXL ist kein Einzelfall	04 Care Revolution Bundesweites Netzwerktreffen 04 Termine

Gewerkschaftsbekämpfung und Betriebsrats-Mobbing: XXXL Rück ist kein Einzelfall

Der Fall XXXL hat (nicht nur) in Oberhausen für negative Schlagzeilen gesorgt. Ein Einzelfall ist er nicht. Seit etwa fünfzehn Jahren breitet sich die systematische Bekämpfung von Betriebsräten und engagierten Gewerkschafter/innen in Deutschland zunehmend aus.

P.S./R.J.

Unterstützung garantiert interessierten Unternehmen ein Netzwerk aus Denkfabriken, Anwaltskanzleien, Unternehmensberatungen und Detekteien.

Die Gewerkschaften reagieren auf diese existenzielle Bedrohung nur zögerlich. Bis heute haben sie keine angemessene Antwort darauf gefunden.

Gegenwehr aus der Gewerkschaftsbasis

Um organisierte Angriffe abwehren zu können, muss sich auch der Widerstand organisieren und eine gemeinsame Strategie entwickeln. Dies ist in erster Linie eine Aufgabe der Gewerkschaften. Da diese sich damit schwer tun, die Situation aber sofortiges Handeln erfordert, haben sich im Laufe der letzten Jahre verschiedene Initiativen gegründet, die dieses Problem angehen, und die zum Teil miteinander vernetzt sind.

Sie unterstützen betroffene Kolleginnen und Kollegen und organisieren Aktionen gegen Unternehmen, Anwaltskanzleien und andere Akteure, die Union Busting – Gewerkschaftsbekämpfung – praktizieren. Und nicht

zuletzt schaffen sie Öffentlichkeit. Die Mitglieder dieser Initiativen sind oft auch in Gewerkschaften aktiv und bemühen sich darum, dort das Problembewusstsein zu schärfen und die Gewerkschaften zum gemeinsamen Handeln zu motivieren.

Zu diesen Vereinigungen zählt der Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL) aus dem westlichen Ruhrgebiet. Auf dessen Website www.akuwill.de finden sich Links zu weiteren Initiativen.

Veranstaltung:

Wie können sich Betroffene wehren?

Am 20. April führt der Rosa-Luxemburg-Club Oberhausen in Kooperation mit AKUWILL, Arbeit und Leben (DGB/VHS), der IG BAU-MEO und der NGG Region Ruhrgebiet eine Veranstaltung durch zum Thema Mobbing von Betriebsräten, GewerkschafterInnen und engagierten Beschäftigten:

Gerhard Klas von Work-Watch aus Köln (www.work-watch.de) erläutert, was hinter dem Begriff „Union Busting“ steckt und beschreibt gängige Bossing-Methoden. Aus seiner Arbeit für die Initiative kennt er viele einschlägige Fälle aus der Praxis.

Work-Watch hat Ende 2016 die Bro-

schüre „Was tun, wenn der Chef mobbt?“ herausgegeben, eine Anleitung für Beschäftigte, die sich wehren wollen. Gerhard Klas wird sie zur Veranstaltung mitbringen und vorstellen. Er wird Möglichkeiten aufzeigen, wie sich Betroffene gegen fragwürdige Abmahnungen, haltlose Kündigungen und Mobbing durch den Chef zur Wehr setzen können.

Weitere ReferentInnen sind Cordula Becker, Ex-Betriebsrätin von Ikea, und Helmut Schmitt, Betriebsrat von Nora Systems. Beide sind Mitglieder des Mannheimer Komitees gegen BR-Mobbing (www.gegen-br-mobbing.de). Sie waren selbst von BR-Mobbing betroffen und schildern, auf welche Weise sie angegriffen wurden, welche Folgen dies für sie hatte und was ihnen geholfen hat, sich zu wehren.

Das Mannheimer Komitee unterstützt seit ca. fünf Jahren betroffene KollegInnen aus der Rhein-Neckar-Region und führt jährlich die bundesweite Konferenz „Betriebsräte im Visier“ durch. Im Fall von Helmut Schmitt hat das Komitee mit einer erfolgreichen Kampagne erreicht, dass der engagierte Gewerkschafter sowohl seinen Arbeitsplatz als auch seinen Platz im Betriebsrat zurück bekam. ■

Mobbing von Betriebsräten, Gewerkschaftern und engagierten Beschäftigten: Wie kann man sich dagegen wehren?

Donnerstag, 20. April 2017, 18:00 Uhr

Fabrik K14

Lothringer Str. 64, 46045 Oberhausen

Oktoberrevolution in Russland 1917 – Putsch oder Aufstand?

MANUEL KELLNER

Hundert Jahre russische Revolution – und wieder verbreiten die bürgerlichen Medien ihre alte Leier: Die Eroberung der politischen Macht durch die Bolschewiki am 25. Oktober 1917 alter Zeitrechnung (8. November) wäre der Putsch einer kleinen Minderheit gewesen.

Für die *Süddeutsche Zeitung* zum Beispiel liegt die Würze in der Kürze: „Im Oktober putschen die Bolschewisten erneut – diesmal erfolgreich: Wladimir Iljitsch Uljanow, besser bekannt unter seinem Kampfnamen Lenin, reißt die Macht an sich.“ (<http://www.sueddeutsche.de/politik/russisches-revolutionsjahr-wie-das-zarenreich-unterging-1.3409424-10>)

Die geschichtliche Forschung kommt zu anderen Ergebnissen. Kein Wunder, wo doch Zeitzeugen – ausgewiesene politische Gegner der Bolschewiki! – schon ganz anders geurteilt hatten. So schrieb der Menschewik N. N. Suchanow: „Es ist sichtlich unsinnig, von einem Militärputsch statt von einem Volksaufstand zu sprechen, wenn hinter der Partei der überwältigende Teil der Bevölkerung steht und die Partei de facto bereits die gesamte reale Macht und Autorität erobert hat.“

Der bürgerliche deutsche Wissenschaftler Oskar Anweiler stellte fest: „In den Arbeiterräten der weitaus meisten Industriestädte hatten die Bolschewiki die Mehrheit, ebenso in den meisten Soldatenräten der Garnisonsstädte.“ Die englische Historikerin Beryl Williams schrieb im gleichen Sinne: „Die Massen sahen die Sowjetmacht ... als Lösung ihrer Probleme an, und nur die Bolschewiki wurden wirklich mit der Sowjetmacht identifiziert. ... Ihre Partei konnte sich nun auf einer Welle der Sympathie an die Macht tragen lassen.“

Am 10. Oktober (23. Oktober) sprach sich das Zentralkomitee der Bolschewiki für den Aufstand aus, ohne ein konkretes Datum zu nennen. Beide Seiten – die bereits weitgehend isolierte Provisorische Regierung und hochrangige Offiziere ei-

nerseits und revolutionäre Matrosen, Soldaten und aus den Belegschaften der Industriebetriebe hervorgegangene Rote Garden andererseits – bereiteten sich vor aller Augen auf die entscheidende Auseinandersetzung vor.

Die Entscheidung

Das revolutionäre Militärkomitee unter Leitung von Leo D. Trotzki war eine offizielle Einrichtung der Sowjets, der Räte. Dieses Komitee gab das Signal zum Aufstand mit einer defensiv gehaltenen Losung: „Die Revolution ist in Gefahr! Abwehr der Verschwörer!“

In wenigen Stunden waren in der Hauptstadt Petrograd alle wichtigen Schaltstellen besetzt, und schließlich wurde auch die Regierung verhaftet. Dabei gab es nur ganz wenige Opfer, viel weniger als beim Februar-Aufstand, als die Zarenherrschaft zusammenbrach – und sehr viel weniger als auf den deutschen Autobahnen an einem beliebigen Wochenende des Jahres 2017. Lynchmorde von Seiten der aufgebracht Menge waren Einzelfälle. Führende Bolschewiki wie Wladimir A. Antonow-Owsejenko

verhinderten solche Racheakte mit Appellen, die Ehre der Revolution nicht zu beflecken.

Zeitgleich trat der neu gewählte Sowjetkongress in der Hauptstadt zusammen, der gesamtrussische Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte. Mit 390 von 650 Delegierten hatten die Bolschewiki dort eine absolute Mehrheit. Gemäß ihrer Losung „Alle Macht den Räten!“ übergaben die Aufständischen diesem Rätekongress die Macht. Die bolschewistische Mehrheit bildete daraufhin zusammen mit den linken Sozialrevolutionären eine Koalitionsregierung, den ersten Rat der Volkskommissare. Die Rätemacht war in den ersten Jahren der Revolution radikal demokratisch, und mehrere Parteien und Strömungen waren in ihr vertreten. ■

Vgl. zum Thema: Ernest Mandel, Oktober 1917, Staatsstreich oder soziale Revolution, Köln 1992.



Achtung Ironie (?): Der Bolschewik, Ölgemälde von Boris Kustodijew (1920).

Foto: Gemeinfrei

Bundesweites Care Revolution Netzwerktreffen am 13. und 14. Mai

Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

O.G.

Mit Care-Arbeit ist Sorge-Arbeit im weitesten Sinne gemeint. Alle Tätigkeiten mit, am und für Menschen fallen darunter: Erziehen, Pflegen, Lehren und Betreuen, aber auch Reinigen, Einkaufen, Kochen und die Selbstsorge. Und zwar unabhängig davon, ob die Arbeit entlohnt wird oder nicht.

Diese Sorge-Arbeit gerät heute von allen Seiten unter Druck. Der Staat zieht sich aus der Daseinsvorsorge zurück und funktioniert als Umverteilungsmaschine von unten nach oben. So ist stets zu wenig Geld da, wenn es um die Bezahlung von LehrerInnen, PflegerInnen, Reinigungskräften geht. Darunter leiden diejenigen, die die Care-Arbeit ausführen müssen und die, die auf sie angewiesen sind. Insbesondere dann, wenn sie nur über begrenzte finanzielle Mittel verfügen.

Dies bedeutet, dass fast alle von der Krise der Sorge-Arbeit in irgendeiner Weise betroffen sind oder es absehbar sein werden.

Das Care Revolution Netzwerk, das mittlerweile aus mehr als 80 Gruppen und zahlreichen Einzelpersonen besteht, kämpft gegen die Lücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge, die zu Überforderung und Zeitmangel führen. Die Beteiligten streben nach ihrem Selbstverständnis neue Modelle

von Sorge-Beziehungen und eine Care-Ökonomie an, die nicht Profitmaximierung, sondern die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum stellt, und die Sorgearbeiten und Care-Ressourcen nicht nach rassistischen, geschlechtlichen oder klassenbezogenen Strukturierungen verteilt.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt des anstehenden bundesweiten Treffens des Netzwerks in Berlin ist der Pflegenotstand, unter dem Kranke und Pflegebedürftige ebenso leiden wie professionelle Pflegekräfte und pflegende Angehörige.

Die Organisierung der Arbeit des Netzwerks ist eine andere wesentliche Aufgabe des Treffens.

Zur Teilnahme eingeladen sind nicht nur die bereits Beteiligten. Weitere Interessierte sind sehr willkommen. Für sie ist zu Beginn eine Einführung in die Arbeit des Netzwerks vorgesehen.

Die Tagesordnung für das Treffen und nähere Informationen zur Entstehung des Netzwerks, zu den Beteiligten und zu anstehenden Aktivitäten sind auf der Website zu finden: www.care-revolution.org.

Die ISO Oberhausen ist Kooperationspartnerin des Netzwerks. Ihr könnt Euch bei Fragen also auch gerne an uns wenden. ■

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Die *Internationale Sozialistische Organisation* (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen

Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

Impressum:

ISO / IV. Internationale Oberhausen
Postfach 10 01 25
D-46001 Oberhausen

Kontakt:

Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46
Email: info@iso-4-oberhausen.de
Web: www.iso-4-oberhausen.de



V.i.S.d.P.: ISO, 68026 Mannheim

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Oberhausen)

- Donnerstag, 20.04.17, 18:00, „Mobbing von Betriebsräten und engagierten Beschäftigten“ - Wie können wir uns dagegen wehren?, Veranstaltung des RLC Oberhausen, Fabrik K14, Oberhausen
- Samstag, 22.04.17, Protest gegen den AfD-Bundesparteitag, Köln

Vorschau Mai:

- Montag, 01.05.17, 10:30, Heraus zum Internationalen Kampftag der ArbeiterInnen!, Demonstration des DGB, Altmarkt, Oberhausen
- Samstag/Sonntag, 13./14.05.17, Care Revolution Netzwerktreffen, Franz-Mehring-Platz 1, Berlin
- Donnerstag, 18.05.17, Treffen des Aktionskreises gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Linkes Zentrum, Oberhausen